

Gottscheer Zeitung

Bezugspreise:

für Jugoslawien: ganzjährig 20 K, halbjährig 10 K.
für Österreich: ganzjährig 26 K, halbjährig 13 K.
für Amerika: 2.50 Doll. — Einzelne Nummern 70 h.

Gottschee, 1. Februar 1920.

Briefe ohne Unterschrift werden nicht berücksichtigt. — Zuschriften werden nicht zurückgestellt. — Berichte sind zu senden an die Schriftleitung. — Postsp. Nr. 10.975. Anzeigen-Aufnahme u. Berechnung in der Buchdruckerei.

Die vorläufige Regelung der Valutafrage.

Kürzlich machte in den Blättern die Nachricht die Runde, daß bei der Auswechslung der Kronen gegen Dinare das Verhältnis von 4:1 (für einen Dinar vier Kronen) fallen gelassen worden sei und diese Auswechslung al pari, also im Verhältnis von 1:1 (eine Krone = einem Dinar) stattfinden werde. Man atmete auf, es war, als wenn einem ein schwerer Stein vom Herzen gefallen wäre. Aber nur zu bald mußte man erfahren, daß die erwähnte günstige Nachricht nicht zutreffend sei und es bei dem Verhältnisse von 1:4 verbleibe, da jedoch bis auf weiteres die Krone noch Geltung hat und der Staat seine Zahlungen im Kronengebiet nur in Kronen vollführen wird, ist vorderhand das für die Kronenbesitzer an und für sich katastrophale Verhältnis von 1:4 noch nicht fühlbar. Es bleibt im gegenwärtigen Provisorium bei uns einstweilen noch alles beim alten, nur besteht auch weiterhin noch immer die schwere Sorge für die Zukunft, nämlich für das Umwechslungsverhältnis bei der endgültigen Regelung unserer Valuta.

Die Folgen eines Austausches der Krone im Verhältnis von 1:4 wären bekanntlich verhängnisvoll. Da nämlich die Kaufkraft des neuen Geldes voraussichtlich bald auf den Tiefstand der früheren Krone herabsänke, würde dies für sämtliche Besitzer von Kronen-Dinarbanknoten, Spareinlagen, Wertpapieren usw. eine Einbuße von drei Vierteln ihres Vermögens bedeuten und für die auf Gehalts- und Lohnbezüge Angewiesenen (Beamte, Offiziere, Arbeiter) eine ebenso weit gehende Kürzung ihrer Bezüge. Nun ist die Gefahr vorderhand beseitigt. Die Regelung ist aber nur eine provisorische. Bis zur Entscheidung durch das Parlament werden wir im Staate eine scheinbar zweifache Valuta haben, nämlich die Bankkrone und den Bankdinar (Kronendinarbanknote).

Gegenwärtig gestaltet sich die Sache folgendermaßen. Die alten Kronennoten werden in der nächsten Zeit aus dem Verkehr gezogen und gegen die neuen Kronendinarbanknoten umgetauscht. Die alten Kronennoten zu 1, 2 und 10 Kronen (gewissermaßen das Papier-Kleingeld) bleiben bis auf weiteres noch in Verwendung. Die Nationalbank SHS in Belgrad übernimmt die alte Krone, zieht sie aus dem Verkehr und wechselt sie gegen die neuen Kronendinarbanknoten aus. Weil aber solche Kronennoten nicht gedruckt sind, werden hierfür die neu angefertigten Staatsdinar-Noten verwendet, auf welchen auf beiden Seiten der Wert in Kronen aufgedruckt werden wird. Wir werden außer den Noten zu 1, 2 und 10 Kronen nunmehr Kronendinarbanknoten zu 40, 80, 400, 4000 K erhalten. Der Staat übergibt der Bank die Staatsbonds, überdies überläßt er zur Sicherheit

einen Teil der Staatsforste, deren Reinertrag zur Sicherstellung des Papiergeldes als Fundierung dienen wird. Die Golddeckung des Papiergeldes wird sodann später durch das Parlament beschlossen werden. Das Verhältnis von 4:1 (1 Dinar = 4 Kronen) bleibt auch jetzt noch immer bestehen, nur bleibt vorderhand auch die Krone noch weiterhin in Geltung. Die endgültige Lösung der Valutafrage ist also noch nicht getroffen, sondern wird aufgeschoben. Es wird notwendig sein, schreibt „Slovenec“, auch künftighin sorgsam darauf achtzugeben, daß die Kronenbesitzer nicht um drei Viertel ihres in Geld oder Forderungen angelegten Vermögens geschädigt werden. „Die einzige Möglichkeit, daß die schließliche Auswechslung sich ohne Verkürzung der Kronenbesitzer und ohne Entfaltung von Erregungszuständen vollzieht, ist die, daß man dem allgemeinen Verlangen nach Umtausch des Geldes im Verhältnisse von 1:1 (al pari) willfährt. Hierbei mögen die Besitzer der jetzigen Bankdinars in angemessener Weise entschädigt werden, so daß sie keinen Schaden erleiden.“

Die Entscheidung des Ministerrates in der Valutafrage lautet:

1. Der Finanzminister kann sofort mit der Überstempelung der zur Durchführung der Valutareform bestellten Noten beginnen und ist jede Note auf beiden Seiten mit dem Kronenwerte im Verhältnisse von 1:4 zu bezeichnen.

2. Der Finanzminister wird ermächtigt, im Austausch gegen die neuen Kronen-Dinarbanknoten die Kronen- und Dinarbanknoten einzuziehen, sobald eine genügende Menge der ersteren vorhanden sein wird.

3. Die Kronennoten zu K 1, 2 und 10 bleiben auch weiter im Verkehr, solange nicht Kronen-Dinarbanknoten zum selben Betrage in Verkehr gesetzt werden.

4. Mit Rücksicht darauf, daß in einem Teile des Staates die Krone als Wertmesser eingebürgert ist und im anderen der Dinar, wird an den Staatskassen die Abrechnung in beiden Währungen fortgesetzt.

Sobald die Kronennoten der Österr.-ung. Bank und die Dinarbanknoten der Serb. Nationalbank zurückgezogen werden, ist die Kronen-Dinarbanknote der Nationalbank des Königreiches SHS das einzige gesetzliche Zahlungsmittel.

5. Der Goldwert der einen und der anderen Geldeinheit wird seinerzeit im Gesetzwege festgestellt werden.

Die Kronendinarbanknote ist also, wie man sieht, eine vollkommen neue Note, gegen die sowohl die alten Kronennoten wie die alten Bankdinars eingezogen werden. In jenen jugoslawischen Gebieten, die früher zu Österreich-Ungarn gehörten, wird vorläufig auch weiterhin die Kronen-

einheit in Kraft bleiben, der Staat wird dort in Kronen rechnen, die Zahlungen werden in Kronen vorgenommen werden. Die Schaffung der Kronendinarbanknoten ist jedoch nur eine vorläufige Regelung dieser Frage wie auch die Frage der Golddeckung und des endgültigen Verhältnisses zwischen der Kroneinheit und der Dinareinheit. Sie wird erst später durch ein vom Parlament zu schaffendes Gesetz erfolgen. Das Valutaproblem läßt sich übrigens überhaupt nicht einzig und allein nur durch Verordnungen und Gesetze lösen, es spielen dabei wichtige Momente eine Rolle, die außerhalb des Macht- und Wirkungskreises des Staates liegen. Die Hebung der Produktion (Arbeit und wieder Arbeit!) und eine vernünftige Handelspolitik wird unserem Gelde hoffentlich in nicht zu ferner Zeit einen weit höheren Wert verschaffen, als es bisher hatte. Ansätze hierzu sind schon vorhanden.

Die endgültige Entscheidung in der Valutafrage wird hoffentlich dem Parlamente zufallen. Da anzunehmen ist, daß die Vertreter Sloweniens, Kroatiens, Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina sowie der Vatscha und des Banates, kurzum aller Gebiete des Staates, wo die Krone Zahlungsmittel ist, bei der endgültigen Valutaregelung mit aller Kraft und allem Nachdruck für den Schutz der Kronenbesitzer eintreten werden, darf man wohl hoffen, daß eine schwere Schädigung derselben vermieden werden könne. Aber es wird heißen stets auf der Hut sein, damit nicht unheilvolle Überraschungen eintreten.

Wird aber in einem späteren Zeitpunkte eine Änderung des Verhältnisses zwischen Krone und Dinar (1:1, statt 4:1) überhaupt noch möglich sein? Sachverständige behaupten, daß dies nicht der Fall ist, falls der gegenwärtige Beschluß der Regierung nicht sistiert wird. „Slovenec“ fordert daher diese Sistierung und den Aufschub der Valutaregelung bis zum Zusammentritt des Parlaments, das in einer so vitalen Frage allein das entscheidende Wort zu sprechen habe. Aus diesem Grunde hat Abg. Dr. Korošec auch einen letzten Versuch gemacht, indem er einen Protest an den Finanzminister sandte, in welchem er verlangt, daß die Regierung die Durchführung der Banknotenauswechslung einstelle und unverzüglich das Parlament einberufe, welches einzig und allein diese Frage richtig und gerecht zu lösen vermöge.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Rückkehr des Thronfolger-Regenten Alexander.) Am 16. Jänner ist Se. königliche Hoheit Regent Alexander nach eineinhalbmonatigem Aufenthalte in Frankreich in die Heimat zurückgekehrt. Der Thronfolger, welcher inkognito reiste, lud in Laibach den zum Empfange auf dem Bahnhof erschienenen Landes-

präsidenten Dr. Gregor Zerjav ein, ihn nach Agram zu begleiten. Regent Alexander erkundigte sich über die Lage im Lande und interessierte sich vor allem dafür, wie es den breiten Schichten der Bevölkerung in Slowenien gehe, wie es mit der Teuerung stehe, insbesondere bezüglich der Ernährung, und wie die Meinung des Volkes sei bezüglich der Staatsgrenzen, besonders hinsichtlich Finnes. Se. königliche Hoheit sprach die Hoffnung aus, daß es ihm die Staatsgeschäfte gestatten werden, im Frühjahr auf längere Zeit nach Slowenien zu kommen, um mit der Bevölkerung in unmittelbarem Kontakt zu treten.

— (Fürstin Eleonore Auersperg †.) Am 22. Jänner ist auf Schloß Goldegg Ihre Durchlaucht Frau Fürstin Eleonore von Auersperg, Herzogin von Gottschee, geborene Gräfin Breunner von Enkevorth, gewesene Sternkreuzordens- und Palastdame Ihrer Majestät der Kaiserin, nach längerem, schwerem Leiden im 56. Lebensjahre gestorben. Die hohe Verblichene war das Musterbild einer deutschen Fürstin, einer edlen Gattin und treubeforgten Mutter. Das Familienleben im fürstlichen Hause war ein in jeder Beziehung vorbildliches, weshalb der Schlag, von dem Se. Durchlaucht Fürst Karl Auersperg durch das Hinscheiden seiner Gemahlin betroffen wurde, umso schmerzlicher ist. Die verblichene Fürstin hatte auch stets eine offene, milde, Hand für Arme und Notleidende, insbesondere aber für die Kinder. Sie übte im Stillen viele Wohltaten, auch bei ihrem mehrmaligen Aufenthalte in Gottschee. Im Schlosse zu Goldegg wurde jedes Jahr für die Kinder der Umgebung eine Christbaumfeier veranstaltet und es gereichte der mildtätigen hohen Frau zur besonderen Freude, die lieben Kleinen persönlich zu beschenken. Auch edler Musik wendete die Verstorbene mit Vorliebe ihrer Pflege zu; sie spielte beim sonntägigen Gottesdienste in der Schloßkapelle zu Goldegg selbst auf der Orgel. Ebenso war die Fürstin eine große Freundin der Natur, insbesondere war es die scientia amabilis, die Botanik, der sie ihre Aufmerksamkeit und Pflege widmete. Bei ihrem mehrmaligen Aufenthalte in Bärenheim sammelte sie die dortigen Kinder der subalpinen Flora, grub sie sorgsam aus und verpflanzte sie sodann in den Schloßpark zu Goldegg, wo sie ihre „Kraimer“, wie sie ihre Pflanzenliebhaber nannte, mit treuer Hand pflegte. Ihre Kenntnisse in der Botanik, Pflanzenbiologie und Pflanzenpflege gingen beträchtlich über das durchschnittliche Maß hinaus und sie stand diesbezüglich mit dem Rufos des naturhistorischen Hofmuseums in Wien in stetem Verkehre. Die Eleonorengrotte auf dem Friedrichsteiner Höhenzuge bei Gottschee und die Eleonorenwand bei Sürgeren tragen nach ihr ihre Namen. — Die Teilnahme an dem schmerzlichen Trauerfalle war hier eine allgemeine; wußte man ja doch, daß die verewigte Fürstin der Bevölkerung von Stadt und Land Gottschee jederzeit ein warmes Herz entgegenbrachte. Vom hiesigen herzoglichen Schlosse wehte die schwarze Trauerfahne. Am 28. Jänner wurde in der hiesigen Stadtpfarrkirche vom hochw. Dekan und Stadtpfarrer Herrn Ferd. Erker ein feierliches Requiem mit Libera abgehalten, dem Herr Forstrat Rudolf Schädinger mit dem herzoglichen Forstpersonal, die Vertretung der Stadtgemeinde Gottschee und zahlreiche Anbändige beiwohnten. Während des Trauergottesdienstes waren die Geschäfte geschlossen. Die Verewigte ruhe in Frieden.

— (Ernennungen.) Der Forstoberkommissar Herr Ing. Vladimir Suklje beim Staatskommissariat für Landwirtschaft wurde zum Forstrat ernannt. — Die Herren Jakob Skubic in Laibach und Simon Meršol in Rudolfswert wurden zu Finanzwach-Oberkommissären erster Klasse ernannt.

— (In den Ruhestand) ist getreten aus Gesundheitsrücksichten Herr Landesregierungsrat Otto v. Detela.

— (Todesfall.) Am 8. Jänner ist in Hallein (Salzburg) Herr Andreas Horvath, Architekt und Fachschulprofessor, nach langem, schwerem, im Felde zugezogenem Leiden im 33. Lebensjahre gestorben. Der Verblichene war früher an der hier bestandenen Fachschule für Holzbearbeitung bedienstet, an welcher er am 1. Mai 1914 angestellt worden war. Am 1. August 1914 rückte er zur militärischen Dienstleistung ins Feld, wurde im Sommer 1917 als Oberleutnant aus Dienstesrücksichten entlassen und stand im Schuljahre 1917/18 bis 24. November 1917 an der hiesigen Fachschule wieder in Verwendung, worauf er zur Ausheilung eines an der Infonfront zugezogenen

Lungenleidens in die Militärheilstätte Enzenbach bei Gratwein (Steiermark) einberufen wurde. Mit 1. Jänner 1918 definitiv angestellt, wurde er im Mai 1918 an die Fachschule für Holz- und Steinbearbeitung in Hallein überseht, von wo er nach einigen Wochen Dienstleistung krankheitshalber beurlaubt wurde und nun an der Lungenheilstätte Grafen Hof (Salzburg) seine Heilung suchte. Im laufenden Schuljahre stand er wieder im Dienste. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe und ein Kind. Er ruhe in Frieden.

— (Trauung.) Am 25. Jänner wurde in der hiesigen Stadtpfarrkirche Herr Peter Mik, Beamter beim Kohlenwerke in Gottschee, mit Fräulein Franziska Kreuzmayer, Tochter des verstorbenen städtischen Sicherheitswachmannes Herrn Ignaz Kreuzmayer, getraut. Trauzeugen waren Herr Josef Kraker, städt. Sicherheitswachmann, für die Braut und Herr Adolf Pavlen, Rechnungsführer beim Kohlenwerke, für den Bräutigam. Herzlichen Glückwunsch!

— (Ergebenheitskundgebung der deutschen Lehrerschaft.) Der deutsche Lehrerverein in Gottschee hat an die Landesregierung für Slowenien eine Ergebenheitskundgebung gesendet, die folgenden Wortlaut hat: Landesregierung für Slowenien in Laibach! Der deutsche Lehrerverein in Gottschee hat in seiner Hauptversammlung am 2. Jänner 1920 einstimmig folgende Ergebenheitskundgebung beschlossen und bittet die Landesregierung für Slowenien, dieselbe wohlwollend entgegenzunehmen: „Der Deutsche Lehrerverein in Gottschee erklärt sich mit allen Sympathien für den Staat der Serben, Kroaten und Slowenen, der sein Vaterland geworden ist. Die gesamte deutsche Lehrerschaft betrachtet als ihre vornehmste Pflicht nicht bloß das, daß sie in den Herzen der Schuljugend die Liebe zur Heimat, zum Vaterlande und zur erlauchten Dynastie erwecke und pflege, sondern auch das, daß sie überall unter der Bevölkerung wahrhaft und vertiefe die Gefühle der Hochachtung, Treue und Ergebenheit zum neuen Staate.“ Der Obmann M. Primosch m. p. Die Schriftführerin A. Ganslmayer m. p. Gottschee am 10. Jänner 1920. — Auf diese Ergebenheitskundgebung gab die Landesregierung folgenden Bescheid: Die Landesregierung hat mit Befriedigung die Ergebenheitskundgebung der Hauptversammlung Ihres geschätzten Vereines vom 3. Jänner 1920 zur Kenntnis genommen. Teilen Sie dies der Lehrerschaft Ihres geschätzten Vereines mit und fordern Sie sie auf, sie möge in der Schule und überall im öffentlichen wie im Privatleben dahin wirken, daß in den Herzen aller Wurzel fasse der kräftige Staatsgedanke und die Liebe zu unserem Vaterlande, dem infolge seiner gesunden und unternehmenden Bevölkerung sowie wegen seiner reichen Natur die schönste, verheißungsvollste Zukunft in Aussicht steht. Der Landespräsident: Dr. Zerjav m. p. (Deutsche Übersetzung).

— (An die P. T. Abnehmer unseres Blattes in Deutschösterreich.) Wir geben hiemit den geehrten Abnehmern der „Gottscheer Zeitung“ in Deutschösterreich bekannt, daß das Vorstandsmitglied des Vereines der Deutschen aus Gottschee in Wien Herr Johann Haas, Kaufmann in Wien VI., Königslostergasse Nr. 2, sich freundlichst bereit erklärt hat, die Zeitung der Zeitungsstelle unseres Blattes in Wien zu übernehmen. Wir ersuchen demnach die Abnehmer der „Gottscheer Zeitung“ in Deutschösterreich die Bezugsgebühr (26 K ganzjährig, 13 K halbjährig) an Herrn Haas einzusenden, bezw. zu bezahlen. Herr Haas wird die Bezugsgebühren einfassieren und den Betrag sodann an die Verwaltung unseres Blattes im Bankwege überweisen. Wir danken hiemit Herrn Kaufmann Haas aufs wärmste für seine Gefälligkeit im Interesse der Sache unserer Heimat und sprechen ferner dem Obmann des Vereines der Deutschen aus Gottschee, Herrn Kaufmann Josef Wuchse, der sich um das Zustandekommen der Zeitungsstelle in Wien erfolgreich bemüht hat, unseren besten Dank aus. Herr Wuchse schreibt uns, wir mögen überzeugt sein, daß alle Gottscheer in Deutschösterreich den Wert der „Gottscheer Zeitung“, dieses einzigen deutschen Blattes in der Heimat, zu schätzen wissen und es für jeden Landsmann ein lebhaftes Bedürfnis sei, dasselbe zu halten, weshalb zu erwarten stehe, daß nicht nur die alten Abonnenten das Blatt weiter beziehen, sondern sich auch noch neue Abnehmer melden werden.

Die Verwaltung der „Gottscheer Zeitung“.

— (Unterkrainer Bahnen.) In den Verwaltungsausschuß der Unterkrainer Bahnen hat die Regierung folgende Herren als Vertreter der Staats- und Landesinteressen berufen: R. Golob, Eisenbahndirektor i. R., Anton Klarar, Baudirektor, Dr. Karl Triller, Präsident der Liquidationskommission, und Matthias Jamida, Oberdirektor der Landesämter. In der Sitzung des Verwaltungsrates am 19. Jänner wurde überdies noch kooptiert Herr Bürgermeister Dr. J. Tavčar. In den Vollzugsausschuß wurden außer dem Präsidenten Hr. Suklje gewählt die Herren: Golob, Frišar, Jamida und der Inspektor der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft Skubic. Die künftige Hauptversammlung der Aktienbesitzer der „Unterkrainer Bahnen“ wird ehebaldest einberufen werden, wahrscheinlich schon im Monate März. Sie wird noch ein paar Verwaltungsräte zu wählen haben. Man hofft, wie Laibacher Blätter schreiben, daß bei dieser Gelegenheit dem durchaus begründeten Wunsche der Bevölkerung an der Gottscheer Strecke nach einem eigenen Vertreter willfahrt werden wird.

— (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner wurde im Geschäft des Herrn Adolf Schleimer auf dem hiesigen Hauptplatze von bisher unbekannter Seite ein Einbruchsdiebstahl verübt. Es wurde Schnittware (hauptsächlich Herren- und Damenstoffe und Zeinwand) im Gesamtwerte von 25.000 Kronen entwendet. Vor dem Aukturf der gestohlenen Ware wird hiemit gewarnt, da der Käufer solcher Ware gerichtlich belangt werden würde.

— (Die Trifailer Kohlenwerksgesellschaft) hat die Auszahlung einer Dividende von 12 K per Aktie beschlossen. Einstimmig wurde ferner der Vorschlag des Verwaltungsrates angenommen, daß der Sitz der Gesellschaft nach Laibach verlegt werde. Die Kohlengruben der Gesellschaft in Istrien wurden an die italienische Aktiengesellschaft „Arsa, societa anonima Carbonifera“ verkauft. Die Trifailer Kohlenwerksgesellschaft ist bei dieser neuen Aktiengesellschaft mit 40% beteiligt. Die Verkaufssumme beträgt 6 Millionen Lire in Aktien, 7 Millionen Lire im Baren. Drei Millionen hat die Trifailer Kohlenwerksgesellschaft bereits erhalten. Die Trifailer Kohlenwerksgesellschaft beabsichtigt in Laibach an der Ecke der Alexander- und der Theatergasse ein Repräsentationspalais zu erbauen, wofür die Bankfuzurrenz bereits ausgeschrieben ist. Die Jury ist bereits zusammengestellt. Der erste Preis für den besten Bauplan beträgt 10.000 K. Der Bau wird auf etwa 10 Millionen Kronen zu stehen kommen.

— (Existenzminimum.) Mit Rücksicht auf den Umstand, daß das jetzige Existenzminimum, das von der Personaleinkommensteuer frei ist (jährlich 1600 K), für die gegenwärtigen Verhältnisse zu niedrig angelegt ist, hat die Landesregierung in Laibach dem Finanzministerium in Belgrad den Vorschlag unterbreitet, daß das Existenzminimum in angemessenem Ausmaße erhöht werde.

— (Welche Partei?) Man schreibt uns: Wahlen stehen in Aussicht, zunächst für die Gemeinden, sodann fürs Parlament. Ob etwas für einen Landtag übrig bleiben wird, ist tiefstes Geheimnis. Da es kaum noch jemanden gibt, der glaubt, daß die Gottscheer noch in einem Wahlkreise wählen werden, müssen wir darnach unsere weitere Politik richten. Wenn unser Vändchen von der bevorstehenden Wahlgeometrie zerlegt wird, so erleichtert sich unsere politische Haltung insoweit, als wir den Sport politischer Kämpfe ganz ruhig den anderen überlassen können, uns selbst aber nicht unbedingt zu entzweien brauchen, außer wenn wir ganz auf den Kopf gefallen sind. Wer das Bedürfnis in sich fühlt, politischen Weltanschauungen zu huldigen, möge dies privatim für sich tun, lasse aber den deutschen Nachbar dabei ungeschoren, da weltbewegende Frage ohnehin im Gottscheerlande nicht ausgetragen werden, auf daß wir, die wir unser Schicksal bis jetzt mit Würde getragen haben, Widersachern nicht das Bild nationaler Uneinigkeit bieten. Gottscheer müssen wir in allererster Linie sein. Die Gemeindevahlen sollen uns vollauf beschäftigen, aber nicht nach politischen, sondern nach wirtschaftlichen und nationalen Grundsätzen. Sorge um die Allgemeinheit ist da Haupttrumpf und die ist für uns gottscheerisch. Wo Minderheiten vorhanden sind, dort werden schon diese ihre Vertreter wählen, um die brauchen wir also unsere Köpfe nicht zu zerbrechen. Es heißt jetzt, sofort deutsche Wählervereinigungen von mindestens 20 Mann bilden,

die schon jetzt Kandidatenlisten bereithalten müssen, da nur vorher bestimmte Listen bei den Wahlen anerkannt werden. Von nun an heißt es, Augen und Ohren offen halten und nicht zweifeln.

— (Bauernstand und Sozialdemokratie.) Einen Beweis dafür, daß besonnen denkende Landwirte das wahre Wesen der Sozialdemokratie richtig beurteilen, bildet folgende Zuschrift, die uns aus dem Unterlande zugekommen ist (der Name des Absenders ist der Schriftleitung bekannt): Ersuche freundlichst um Aufnahme nachstehender Zeilen in ihrem geschätzten Blatte: Bauern, vereint euch! Aber nicht unter der roten Fahne, sondern unter der Bauernfahne! Wir Gottscheer haben jetzt schwere Zeiten und werden vielleicht noch schwerere durchzumachen haben. Darum sollen wir Gottscheer uns vereinigen und trenn zusammenhalten, denn in der Eintracht liegt die Macht. Wir sind auf uns selbst angewiesen, denn von keiner Seite kommt uns Hilfe. Oder etwa gar von der Sozialdemokratie, die jetzt so eifrig bestrebt ist, uns Gottscheer Bauern unter ihr Banner zu bringen? Was haben wir von dieser Partei zu erwarten? Der sozialdemokratische Parteitag in Agram zu Weihnachten 1896 erklärte: „Dem Bauer kann nicht geholfen werden, solange er noch Privatbesitz hat.“ Diese Worte geben zu denken. Die Sozialdemokratie ist also, wie dieser Ausspruch beweist, die erbitterteste und gefährlichste Feindin des Bauernstandes, trotzdem oder besser gesagt, eben deshalb sucht sie ihre Ansichten auch in die Reihe unseres Standes zu tragen, um den Bauernstand wie die anderen Stände, welche sie sich zu ihren Opfern ausgesucht, zu proletarisieren. Der proletarisierte, das heißt besitzlos gewordene Bauer soll dann ihre Reihen vergrößern. Darum sollen wir uns nicht irreführen lassen. Denn was hat auch bisher die sozialdemokratische Partei von Gottschee für uns Gottscheer Bauern getan? Wir haben von dieser Partei auch keine Hilfe zu erwarten. Deshalb sollen wir nur zur zielbewußten Selbsthilfe greifen. Die erste und wichtigste Tat der Selbsthilfe ist aber die Organisation. Ja, wir Gottscheer Bauern müssen uns zielbewußt, zweckentsprechend und stramm organisieren. Bängst hätte dies schon geschehen sollen. Wo sind die einstigen Gottscheer Bauernführer? Raffen wir uns auf, organisieren wir uns! „Denn dem Bauer kann nur durch den Bauer geholfen werden.“ Ein Bauer.

— (Gegen 1:4!) „Slovenec“ (25. Jänner.) schreibt: „Wie man uns berichtet, gedenkt der Finanzminister von seiner Absicht, uns die Krone zugrunde zu richten und sie 1:4 umzutauschen, nicht Abstand zu nehmen. Ist ein einzelner berechtigt, wegen seiner Starrköpfigkeit Milliarden an Volksvermögen zu vernichten? Nein und abermals nein! Es ist aber notwendig, sofort mit aller Vehemenz gegen diese Vermögenskonfiskation aufzutreten. Alle Abgeordneten ohne Rücksicht auf die Partei, der sie angehören, müßten entschlossen aufstreten. Falls die Abgeordneten von der Regierung nicht die Zusicherung bekommen, daß dieses Attentat auf das Volksvermögen beseitigt wird, soll sich die Bevölkerung in Slowenien, Kroatien und Bosnien versammeln und der Regierung und dem Finanzminister mit lauter Stimme sagen, daß wir uns auf keine Weise mit Gewalt unser und des Volkes Vermögen nehmen lassen.“ Auf ähnlich scharfe Weise äußert sich auch „Slovenski Marob“ (27. Jänner). Das Blatt schreibt, daß im ganzen Kronenreiche des Staates im Wachsen begriffen sei der Widerstand gegen die unglückliche Absicht, daß man ohne Nutzen und Vorteil bloß aus Eigensinn zielbewußt drei Viertel des mobilen Vermögens vernichten wolle.

— (Manufakturware,) die in Triest pro Meter um 3.80 bis 4 Lire (27.36 bis 28.80 K) verkauft wird, kommt in Laibach auf 40 bis 45 Kronen zu stehen, weil die Laibacher Kaufleute die Ware nicht direkt beziehen, sondern durch Vermittler, die sich einen Gewinn von 2 Lire für den Meter verrechnen. Da gegenwärtig nicht viel Ware mit der Eisenbahn von Triest nach Laibach befördert wird, werden hierfür meist Automobile verwendet. Weil aber diese Automobile an nicht weniger als 18 Stellen kontrolliert werden, braucht ein solches Automobil statt 4 30 Stunden von Triest nach Laibach, was ebenfalls zur Verteuerung der Ware beiträgt. Dazu kommt noch der hohe Zoll.

— (Was ein Maronibrater verdient.) Das „Agramer Tagblatt“ (15. Jänner) schreibt: „Wir wollen der Galerie guter Verdienener, die wir zeitweise gekennzeichnet haben, einen neuen Typus hinzufügen, den Maronibrater. Auf Grund

verlässlicher Informationen können wir festnageln, daß ein Maronibrater nach Deckung aller Regien täglich 100 K reinen Verdienst aufzuweisen hat. Also ein Monatseinkommen von 3000 K, ungefähre entsprechend dem eines Angehörigen der 1. Diätenklasse.“ — Ist's wirklich so?

— (Eisenbahn Gottschee-Brod an der Kulpa-Delnice.) „Hrvat“ (Agram) brachte kürzlich eine Zuschrift aus der Gegend von Delnice, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die dortige Bevölkerung verzweifelt, weil sie keinen Verdienst hat. Die Haupterwerbsquelle sind dort die Wälder, aber infolge der schlechten Wege und der ungünstigen Eisenbahnverbindung ist die Arbeit in größerem Umfange ausgeschlossen. Jetzt wäre die höchste Zeit, daß die geplante Eisenbahnlinie Gottschee-Brod an der Kulpa-Delnice verwirklicht würde. Die politischen Hindernisse, die früher den Bau dieser Bahnstrecke verhindert hatten, bestehen jetzt nicht mehr. Die Besitzer würden den notwendigen Grund unter dem Preise, wo nicht sogar unentgeltlich abtreten. Der Mittelpunkt der Eisenbahnlinie sollte Brod an der Kulpa sein. — Dieser Bahnbau dürfte vorderhand nur ein frommer Wunsch bleiben, weil man gegenwärtig hierfür kaum ein Geld hat.

— (Zur Valutareform.) In der Fondsdirektion hat die Überstempelung der neuen Banknoten von 1000, 100, 50 und 20 Dinars mit der Kronenwährung (4000, 400, 200 und 80 Kronen) bereits begonnen. Sobald diese Überstempelung beendet sein wird, werden die Banknoten von 1000, 100, 50 und 20 Kronen aus dem Verkehr gezogen werden. Die Banknoten von 1, 2 und 10 Kronen bleiben im Verkehr, bis die Staatsbanknoten für den kleineren Geldwert hergestellt sind.

(Neue Preise für Schlachtvieh.) In einer am 25. Jänner erlassenen Verordnung der Landesregierung werden folgende Preise als angemessen bezeichnet: Für Ochsen I. Güte 10 K für 1 kg Lebendgewicht, für Ochsen II. Güte 9 K, III. Güte 8 K; für Kühe I. Güte 8 K, II. Güte 7 K, III. Güte 6 K; für Stiere und Kälber I. Güte 9 K, II. Güte 8 K, III. Güte 7 K; für Weindvieh ohne Unterschied 5 K. Die Bezirkshauptmannschaften haben darauf zu sehen, daß diese Preise sofort in Geltung treten und jedes Hinaufstreben dieser Preise verhindert werde.

— (Valutafrage und Sozialdemokratie.) „Slovenec“ schreibt: „Über die Lösung unserer Valuta, nach welcher in absehbarer Zeit die Krone im Verhältnis von 1:4 ausgetauscht wird, schweigt sich der „Naprej“ hübsch aus. Er kümmert sich nicht darum, daß damit vor allem das Proletariat betroffen wird, weil die Preise aller Lebensbedürfnisse nach der Auswechslung der Kronen sofort gewaltig steigen werden. Kristan ist in der Regierung, deshalb ist alles recht, denkt sich der „Naprej“. . . Uns erscheint es nur sonderbar, daß auch die Sozialdemokratie (als solche) nicht gegen die jetzige Lösung der Valutafrage protestiert hat. Eigentlich braucht man sich darüber nicht zu wundern. Müßte in diesem Falle ja doch der Herr Minister Kristan zurücktreten. Und aus wäre es dann mit der Ministerherrlichkeit und mit den Unterstützungen für die „Vojna Zveza“ . . .“

— (Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Jugoslawien.) Behördlich ist nunmehr vorgeschrieben, daß für einen Mundvorrat im Gesamtgewicht bis 5 kg keine besondere Bewilligung erforderlich ist. Für die Ausfuhr von Ausfuhrbewilligungen gelten von nun an folgende Grundsätze: Ausfuhrbewilligungen werden, ausgenommen den Fall unter Punkt 1, nur Staatsbürgern des Königreiches der SHS erfolgt und nur auf Grund einer schriftlichen, ordnungsmäßig gestempelten Bitte; beigelegt muß sein ein Kuvert mit der Adresse der Partei und Briefmarken, eine richtig gestempelte Zehnkronennote und der vollkommen vidierte Reisepaß. Auf mündliche Bitten werden Reisebewilligungen nicht mehr ausgegeben. Die Lebensmittelausfuhr wird nachstehenden Kategorien bewilligt: 1. Personen, die für immer in das Ausland übersiedeln. Die Partei muß die Bestätigung der Gemeinde bzw. der Polizeidirektion beilegen, daß ihr die Wohnung aufgekündigt wurde und daß sie sich für immer ins Ausland begibt. In der Bestätigung soll die Zahl der Familienmitglieder, welche auswandern, und genau der Tag der Auswanderung angeführt werden. Lebensmittelmengen pro Person: Weizenprodukte bis 5 kg, Erdäpfel bis 10 kg, Fischen bis 3 kg, Speck, Fett, Öl bis 1 kg, verarbeitete Fleischprodukte bis 2 kg, Obst bis 5 kg, Ge-

müse bis 10 kg, Zucker bis 1 kg, Spezereien bis 5 kg, Eier bis 10 Stück, Geflügel 1 Stück. Die Partei muß vorlegen die Bestätigung der Gemeinde oder des Hausherrn, daß sie die Lebensmittel tatsächlich schon vorrätig hat. Unzulässig ist es, daß die Partei erst auf Grund der ausgestellten Ausfuhrbewilligung die Lebensmittel anschaffen würde. 2. Hochschülern, Studenten und Personen, die wegen der Studien oder der Ausbildung ständig im Auslande leben und welche die Dringlichkeit dieses Aufenthaltes auf glaubwürdige Art nachweisen. Die Lebensmittelmengen pro Person und für eine Zeit von 2 Monaten: Mahlprodukte bis 20 kg, Erdäpfel bis 40 kg, Fischen bis 10 kg, Fett bis 2 kg, Räucherfleisch bis 2 kg, geräucherter Fleisch und Erzeugnisse bis 10 kg, Zucker bis 2 kg, Eier bis zu 50 Stück, sonstige Spezereien, Obst, Gemüse nach eigenem Ermessen der Behörden. Ausfuhrbewilligungen dürfen jeweils nur für einen Zeitraum von zwei Monaten erteilt werden. 3. Saisonarbeiter in jenem Ausmaße wie die Auswanderer. Vorlegen müssen diese die Bestätigung der Gemeinde und des Arbeitgebers, daß sie wirklich im Auslande bedienstet sind. 4. Öffentliche Angestellte, die über amtlichen oder dienstlichen Auftrag reisen, müssen die bezügliche Amtsbefestigung vorlegen; in der Bestätigung soll der Zeitraum der Abwesenheit angeführt werden. In diesem Fall kommen nur folgende Lebensmittel in Betracht: Brot, verarbeitetes, gekochtes, gebratenes und frisches Fleisch, Räucherfleisch, Eier, Kondensmilch, Obst, Zucker und Butter. Die politische Behörde bestimmt mit Rücksicht auf den Zeitraum der Abwesenheit nach eigenem Ermessen die Menge der Lebensmittel, jedoch darf die Gesamtmenge nicht 1½ kg per Tag übersteigen. 5. Staatsbürger des Königreiches der SHS, die genötigt sind, im Auslande zu leben, bzw. die zwar selbst im Inlande leben, aber ihre Familie im Auslande haben. Den Genannten wird die Ausfuhr in jenem Maße, wie unter Punkt 1, für einen Monat und Kopf bewilligt, aber nicht mehr, als für zwei Monate jedesmal. In diese Kategorie fallen Personen jugoslawischer Nationalität auf dem besetzten Gebiete. Zuständig zur Ausstellung von Ausfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet ist die politische Bezirksbehörde des Ortes, welcher in dem Reisepaß als Reiseziel genannt ist. In den Städten Laibach, Gili, Marburg, Pettau ist der Stadtmagistrat zuständig. 6. Personen, die in dringenden Handels-, Familien- und anderen Angelegenheiten reisen. Dem Amte bekannten Kettenhändlern, Zwischenhändlern und Preistreibern werden Ausfuhrbewilligungen nicht erteilt. Die Lebensmittelmengen für die Person: Brot bis 2 kg, verarbeitetes Fleisch und Fleischzeugnisse bis 2 kg, Butter bis ½ kg, Käse bis ½ kg, frisches, gekochtes und gebratenes Fleisch 1 kg, Obst bis 2 kg, Konserven bis 5 kg, Eier bis zu 10 Stück. In allen anderen Fällen stellt die Ausfuhrbewilligungen die Abteilung für Ernährung auf Grund schriftlicher Bitte aus, die bei der zuständigen Behörde erster Instanz (Bezirkshauptmannschaft) eingebracht werden muß.

— (Anzahl der Lehrer in Jugoslawien.) Nach den Daten des Unterrichtsministeriums gab es am 1. Dezember v. J. im ganzen Staate 16.130 Lehrer und Lehrerinnen.

— (Erhöhung der Telegrammgebühren nach Österreich und der Tschechoslowakei.) Die Telegraphengebühr nach Deutschösterreich ist vom 1. Jänner 1920 von 6 Paras pro Wort auf 10 Paras pro Wort für gewöhnliche Telegramme erhöht worden. Das Minimum der Gebühr beträgt pro Telegramm 1 Dinar. Zeitungstelegramme genießen einen Nachlaß von 50 Prozent. Außer der regelmäßigen Gebühr ist auch eine Nachtragsgebühr im Betrage von 1 Dinar pro Telegramm zu bezahlen. — Ebenso ist vom 1. Jänner an auch die Telegrammgebühr für die Tschechoslowakei auf 10 Paras erhöht worden. Für dringende Telegramme ist eine dreifache Gebühr zu bezahlen. Das Minimum der Gebühr und die Gebühr für Zeitungstelegramme sind dieselben wie im Verkehre mit Deutschösterreich. Die Gebühr in Kronen wird nach dem Kurse 1:4 gezahlt.

— (60 Millionen Pfund Sterling Befreiungstage.) Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei haben für ihre Befreiung der Entente 60 Millionen Pfund Sterling zu zahlen, wovon die Hälfte auf die Tschechoslowakei entfällt.

— (Verschiedener Steuereingang.) Nach Zeitungsnachrichten ist der Steuereingang

in Belgrad auf ein Zehntel der Friedenshöhe heruntergegangen, während in unseren Gegenden nach sachmännischen Schätzungen etwa das Zwanzigfache von früher eingehoben wird.

— (Kriegsanleihe.) An den Aktionsauschuß für die Kriegsanleihe sind von Kriegsanleihebesitzern allerlei Anfragen gerichtet worden, die einzeln nicht beantwortet werden können. Es muß in dieser Beziehung auf die ohnehin erfolgenden Mitteilungen in den öffentlichen Blättern hingewiesen werden. Es wird tatsächlich und sorgsam dahin gearbeitet, diese Frage sobald als möglich der Lösung zuzuführen.

— (Innere Politik.) „Tribuna“ (Agram) schreibt: Pflicht der Regierung sei es vom ersten Momente gewesen, nur das zu unternehmen, was im Interesse des Staates absolut und unbedingt notwendig gewesen sei, und das Interregnum baldigst zu beenden. Regierung und Parlament haben vieles getan, von dem es besser gewesen wäre, wenn man es ruhen lassen hätte, das Wichtigste aber, die Wahlordnung für die Konstituante, sei unterlassen worden. Daraus resultierte auch die schwierige Lage, in der sich unser Staat jetzt befindet. Die Rettung sei einzig und allein darin zu suchen, daß das Provisorium sobald als möglich beendet und ein normales Leben im Staate eingeführt werde.

— (Wer gut „schmiert“!) Nach Blättermeldungen hat ein bosnischer Kaufmann an Bestechungsgeldern an das Eisenbahnpersonal für einen Waggon Ware von Wien nach Sarajewo ausgegeben: in Marburg 340 K, in Siffel 150 K, in Nowaka 150 K, in Slawonisch-Brod 120 K, in Bosnisch-Brod 500 K. Der Spediteur Egger und Sohn (Firma) hat für einen Waggon Ware von Wien bis Belgrad an Trink-, Schmier- und Bestechungsgeldern 16.000 K ausgegeben.

— (Kriegsgefangene in Sibirien.) Nach der „Krasnaja Gazetta“ befinden sich in Sibirien noch 150.000 ungarische, 120.000 österreichische, 40.000 tschechoslowakische und 20.000 reichsdeutsche Kriegsgefangene.

— (Zur Reorganisierung unserer landwirtschaftlichen Schulen.) Eine englische Gesellschaft aus Kanada mit einem Kapital von 15 Millionen Dollars für unser Königreich hat dem Ackerbauministerium angeboten, alle alten landwirtschaftlichen Schulen zu reorganisieren und in allen Gegenden unseres Staates neue zu eröffnen. Nebst dem theoretischen Unterricht, den englische und unsere Fachleute leiten werden, sollen auch praktische gesellschaftlich-humanitäre Zwecke verfolgt und Kurse aller Arten eröffnet werden. Sämtliche Kosten trägt die Gesellschaft allein, und zwar ohne Kompensationen. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden noch nicht beendet und darum wurde noch kein endgültiges Einverständnis erzielt. — Ist das ein Bluff? Man denkt unwillkürlich an die Affäre der von der Kanada-Pazifik-Bahn vor ein paar Jahren eingerichteten Kuruszüge auf den Alpenbahnen, was sich schließlich als eine gewöhnliche Auswanderer-Agentur entpuppte.

— (Erweiterung des Gesichtskreises!) „Novo Doba“ verurteilt die aus der Zeit der Sklaverei stammende Mentalität und meint, daß die Schaffung unseres freien und einheitlichen Nationalstaates unserer Politik noch nicht genügend weite Gesichtskreise eröffnet und Ansporn zu großen und reellen Konzeptionen gegeben habe. Unsere sämtlichen bisherigen Generationen sind in sehr beschränkten Verhältnissen erzogen. Die Politik bestand in Kleinlichkeiten, Streitigkeiten und Unstätigkeiten. Dieses Politikaftertum wird wohl noch viel Schaden anrichten, aber vor der in den Seelen der neuen Generationen sich entwickelnden gesunden politischen Mentalität allmählich verschwinden. Erst diese neuen Generationen werden es verstehen, unsere Politik entwicklungsfähig und zum Organe der wirklichen nationalen Bedürfnisse zu machen.

— (Die katastrophale Lage der Gefangenen im fernen Osten.) Das interna-

tionale Komitee des Roten Kreuzes in Genf hat an den Kaiser von Japan folgendes Telegramm gerichtet: „Die Delegierten am internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Sibirien berichten von der hervorragenden Fürsorge der japanischen Regierung für die österreichischen, ungarischen, deutschen und türkischen Kriegsgefangenen, die sich unter japanischer Verwaltung im fernen Osten befinden, und wir beglückwünschen Euer Majestät zu der bewährten Menschenliebe des japanischen Volkes. Dagegen erhalten wir katastrophale Nachrichten über die Lage in Mittel- und Westsibirien. Die dort untergebrachten Gefangenen sind einem sicheren Tode geweiht, wenn keine Hilfe erfolgt. Infolge der örtlichen Verhältnisse fehlt es an Kleidern, Nahrungsmitteln und Medikamenten. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit deshalb, eine möglichst große Anzahl von Kriegsgefangenen unter japanische Verwaltung zu bringen.“

— (Milder Jänner.) Wir hatten heuer im Jänner Tage zu verzeichnen, wie sie sich sonst erst im März einzustellen pflegen. Was man wegen des fortwährend schlechten Wetters im Herbst nicht hatte bewerkstelligen können, das geschah nunmehr teilweise im Jänner. Waldfiren (Farnkraut) wurde nach Hause geführt und Jännersaat (Wintergetreide) bestellt. Wir hoffen, daß sie gut aufgehen wird. Im letzten Drittel des Monats trat eine nicht übermäßige Kälte ein.

— (Alltag. Volksbewegung.) Im Jahre 1919 waren in Alltag 33 Geburten, 14 Trauungen und 25 Sterbefälle. 3 Personen starben an der Ruhr, eine an der Auszehrung und eine an Magenkrebs, zwei Kinder an Freisen. Die übrigen im Alter von 70—84 Jahren eben an Altersschwäche; alte Leute von über 70 Jahren sind in der Pfarre in großer Zahl und vielen von ihnen, so behaupten sie wenigstens, wäre der Tod erwünscht, wann aber dieser Ernst machen will, möchten sie doch noch ein paar Jährchen leben. Es war immer so und wird immer so sein. Alte Leute müssen, junge können sterben, sagen die Menschen, und wenn sie da etwas zu reden hätten, wäre ihr Verlangen, der Tod möge, wenn er schon in ein Haus eintritt, seine Augen etwas mehr aufmachen, ganz berechtigt. So hat der Tod bei uns im Jahre 1920 sehr schlecht und rücksichtslos angefangen, von einem Augenaufmachen gar keine Rede. Am 12. Jänner starb nämlich in Alltag Nr. 6 (Paisisch) die Hausmutter und Frau des Gastwirts Herrn Josef Kikel Josefa geb. Eppich im noch jugendlichen Alter von 38 Jahren nach wenigen Tagen an der spanischen Krankheit, zu der sich Lungenentzündung gesellte. Die junge Mutter, der man das Streben, mit allen Leuten friedlich und freundlich zu sein, immer anmerkte, hinterläßt 7 Kinder im Alter von 2—19 Jahren. Sie ruhe im Frieden des Herrn.

— (Göttenh. (Volksbewegung im abgelaufenen Jahre.) Der Todesengel entführte 4 Personen, Geburten waren drei, Trauung eine. Die Namen der Verstorbenen sind: Am 27. März Maria Parthe, eheliches Kind des Besitzers Johann Parthe Nr. 74. Am 11. April: Johann Roffmann, 54 Jahre alt, beim Holzfällen im Walde verunglückt. Am 7. August: Oskar Heuberger, Dampfsägebesitzer, 64 Jahre alt, infolge Herzschlag. Den Bund fürs Leben schlossen: Angela Michitsch, Gastwirtin, mit Josef Primosch.

— (Der Gemeindevoranschlag für 1920.) Die Ausgaben betragen gegen 2700 K, die Einnahmen 1400 K, der Abgang wird durch eine 70%ige Umlage auf alle direkten Steuern gedeckt werden, welche Maßnahme von der Landesregierung in Laibach genehmigt worden ist.

— (Durch ein Pferd schwer verletzt), wurde am 8. Jänner Josef Tscherne, Pferde-knecht bei Herrn Viktor Loser. Das ausschlagende Tier traf den Knecht am Kopfe und zertrümmerte ihm das Kinnbein. Der Verletzte wurde am nächsten Tage in das Landeshospital nach Laibach befördert.

— (Drei Viehhalter statt einen), werdet ihr im heurigen Jahre brauchen, sprach vor kurzem ein Gastwirt aus Gottschee zu einigen Gemeindefassen und Landwirten des Hinterlandes, wo die Sozialdemokraten ihre weisen Lehren vom Sechsstundentag und der sechsstündigen Arbeit ausgetraut hatten. Unrecht hatte eigentlich der Mann nicht, denn gar köstliche Früchte dürften sich noch aus dem sozialdemokratischen Evangelium zeitigen.

Verantwortlicher Schriftleiter C. Erker. — Herausgeber und Verleger Josef Eppich. Buchdruckerei Josef Barlisch in Gottschee.

Verein der Deutschen aus Gottschee in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft jeden Sonntag im Vereinsheim Paul Peters Gastwirtschaft, I., Babenbergerstraße Nr. 5 a.

Zu verkaufen

ein prächtiges Grammophon

und 50 Platten: Andreas Grovat, Mitterdorf 19.

Haus samt Garten

und kleinerem Grundbesitz ist preiswert zu verkaufen. Anfragen an Johann Jonke in Hornberg Nr. 19.

Selmar Kruhme

Zahntechniker aus Laibach

ist jetzt wieder jeden Sonntag im Hotel „Stadt Triest“ anzutreffen.

Abonniert und leset die „Gottscheer Zeitung“!

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis

für den Monat Dezember 1919.

Einslagen:

Stand Ende November 1919	K 10,816.115-03
Eingelegt von 184 Parteien	601.280-87
Behoben von 212 Parteien	232.401-24
Stand Ende Dezember 1919	11,367.642-20
Allgem. Reservefond Stand	
Ende 1918	699.456-99

Hypothekar-Darlehen:

zugezählt wurden	—
rückgezahlt	93.696-34
Stand Ende Dezember 1919	2,506.454-37

Wechsel-Darlehen:

Stand Ende Dezember 1919	137.020—
--------------------------	----------

Zinsfuß:

für Einslagen $3\frac{1}{2}\%$ ohne Abzug der Rentenst.,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5% ,
für Hypotheken in anderen Bezirken $4\frac{1}{2}\%$,
für Wechsel 6% .

Gottschee, am 31. Dezember 1919.

Die Direktion.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtsfokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einslagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732-27.
Zinsfuß für Einslagen (ohne Abzug der Rentensteuer) $3\frac{1}{2}\%$.
Zinsfuß für Hypotheken $4\frac{1}{2}\%$.